

■ Bericht aus dem Rat

Juni 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 10.6.2010.

Zu Beginn der Ratssitzung erklärte Ratsherr Krüger, dass er aus der Partei der Republikaner ausgetreten ist und dem Rat weiterhin als parteiloses Ratsmitglied angehören wird.

■ Anfragen

Aufgrund einer Anfrage von CDU und FDP zur **Ausschreibung und Vergabe von städtischen Aufträgen** erläuterte die

Verwaltung zunächst, dass unterhalb des Schwellenwertes für EU-weite Ausschreibungen (4,845 Mio Euro) grundsätzlich die VOB (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen) anzuwenden ist. Hierbei darf der Wettbewerb nicht auf Bewerber beschränkt werden, die an bestimmten Orten oder Regionen angesiedelt sind. Zwischen 41 und 42% der 2007 bis 2009 vergebenen Aufträge des Amtes für Gebäudemangement wurden an Düsseldorfer Unternehmen vergeben. Im Bereich des Amtes für Verkehrsmanagement gingen 2007 und 2008 ca. 45 %, 2009 38 % der Aufträge an Düsseldorfer Unternehmen. Mit dem Konjunkturprogramm II sind befristet bis 31.12.2010 Vergabebeschleunigungen ermöglicht wurden. So können hier freihändige Vergaben bis 100.000 Euro (statt 30.000) und beschränkte Ausschreibungen bis 1 Mio (statt 300.000 Euro) erfolgen. Aufgrund der Aufrufe über Internet und Presse meldeten sich 1200 Unternehmen für Auftragsvergaben, davon 50 % aus Düsseldorf. Bisher wurden 256 Aufträge vergeben, davon mehr als 60 % an Düsseldorfer Unternehmen. Jahresverträge werden im Bereich der Gebäudeinstandhaltung zu 62 % an Düsseldorf Unternehmen, im Bereich des Verkehrsmanagements zu 58 %.

Aufgrund einer Anfrage von CDU und FDP zu **Familienzentren** teilte die Verwaltung mit, dass vertragliche Kooperationen die Voraussetzung für die Zertifizierung zum Familienzentrum ist. An 67 Standorten von Kindertageseinrichtungen gibt es vertragliche Kooperationen mit ASG, AWO, DRK, EFA, Diakonie, Kinderschutzbund und VAMF (Verband allein erziehender Mütter und Väter). Für weitere 8 Standorte liegen Planungen vor. Inzwischen wurden 43 Familienzentren vom Land anerkannt, bei 6 Zentren läuft das Verfahren. Die städtischen zentren erhielten im Zertifizierungsverfahren, das durch das Institut für Qualitäts- und Informationssysteme durchgeführt wird, 42 bis 48 Punkte von maximal erreichbaren 48 Punkten. Zusätzliche Angebote gibt es in den Familienzentren im Bereich Bilingualität, Musik- und Gesundheitserziehung, Schuldnerberatung, Deutsch- und Alphabetisierungskurse und Beratung von Berufsrückkehrerinnen.

Bündnis 90 fragte, warum es keine Beschlussfassung über die **Kriterien zur Ausschreibung der Lieferung elektrischer Energie 2010** insbesondere hinsichtlich des Bezugs von Ökostrom gegeben hat. Die Verwaltung teilte mit, dass die Ratsausschüsse für die Festlegung der Kriterien nicht zuständig sind. Die EU-Ausschreibung wird als einziges Kriterium „wirtschaftlich günstigstes Angebot“ enthalten. Der Vertrag soll für zwei Jahre gelten mit Option für weitere zwei Jahre. Die Ausschreibung wird im Juli veröffentlicht, Vertragsabschluss ist im November vorgesehen.



■ Anträge der Fraktionen

Der Antrag der Linksfraktion, die Verwaltung zu beauftragen, eine **Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe** in Höhe von 5 % des Übernachtungspreises auf alle im Stadtgebiet berechneten Hotelübernachtungen vorzulegen, wurde von CDU, FDP, SPD, BÜ 90, freie Wähler und Ratsherrn Krüger abgelehnt.

BÜ 90/Die Grünen wollte die Verwaltung beauftragen, zum **Europäischen Jahr 2011 der Freiwilligentätigkeit** ein Konzept für Aktionen, Veranstaltungen und Projekte sowie die Öffentlichkeitsarbeit zu erstellen. Hierzu sollten Zuschüsse bei Bundes- und Landesbehörden sowie der Europäischen Kommission eingeworben werden. Dieser Antrag wurde von CDU, FDP, Freien Wählern bei Enthaltung der Linksfraktion und Krüger abgelehnt. Ein Änderungsantrag der Linksfraktion, eine Übersicht der nicht durch öffentliche Gelder geförderten Freiwilligenorganisationen vorzulegen, strukturelle Unterstützungen zu prüfen und ein Konzept zur Errichtung eines Unterstützungsbüros vorzulegen, wurde von CDU, FDP, SPD, BÜ 90 und freien Wählern abgelehnt. Gegen SPD, BÜ 90 und Die Linke wurde ein Änderungsantrag von CDU und FDP beschlossen, durch den die Verwaltung beauftragt wird, das Konzept für die erstmals 2009 stattgefundenen Freiwilligentage weiter zu entwickeln und unter Berücksichtigung von Fördermitteln diese Veranstaltungen in das Europäische Jahr 2011 der Freiwilligentätigkeit einzubinden.

Abgelehnt wurde von CDU und FDP ein vom Integrationsausschuss beschlossener Antrag der SPD an den Rat, die **Förderung von Migrantenvereinen** um 60.430,80 Euro zu erhöhen ebenso wie ein gleich lautender Antrag, den BÜ 90/Die Grünen zur Ratssitzung gestellt hatte.

Der Antrag der SPD, in allen Fachausschüssen zu Beginn jedes Halbjahres eine **Bürgersprechstunde** durchzuführen, wurde von BÜ 90, CDU, FDP, freie Wähler, Krüger als nicht Ziel führend und Scheindemokratisierung abgelehnt. Ein Änderungsantrag von BÜ 90 wurde, die Verwaltung zu beauftragen, bis zum Herbst ein Konzept zur Stärkung und Verbesserung der Bürgerbeteiligung zu erarbeiten, wurde von CDU, FDP, freien Wählern und Ratsmitglied Krüger abgelehnt bei Enthaltung der SPD.

Der Antrag von BÜ 90 die **Ausstellung „Gegen die Regeln – Lesben und Schwule im Sport“** in Düsseldorf zu zeigen, wurde gegen Ratsmitglied Krüger beschlossen.

Über den Antrag von BÜ 90, eine Stellungnahme zum Entwurf der **Neufassung des Kapitels Energieversorgung des Landesentwicklungsplans** zuzuleiten, die sich inhaltlich am Entwurf der gemeinsamen Stellungnahme der Fraktionen des Regionalrats Düsseldorf orientiert, wurde nicht mehr abgestimmt, nachdem der Oberbürgermeister zusagte, dass die Stadt in diesem Sinne fristgemäß eine Stellungnahme abgeben wird. Die Anregungen betreffen die Steigerung der Effizienz der Ausnutzung von Energieträgern, die Anpassung von Leitungsnetz und Speicherkapazität an die Erfordernisse des Ausbaus erneuerbarer Energien, Kraftwerksstandorte, Kraft-Wärme-Kopplung, Anschlussgebiete für und Konzentrationszonen von Windkraftanlagen, Standorte von Biogasanlagen und die Nutzung der Wasserkraft.

■ Personalien

Der Rat beschloss den ausgeschiedenen Stadtdirektor Rattenhuber

- durch seinen Nachfolger Manfred Abrahams als stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes IT-Kooperation Rhein/Ruhr und der Verbandsversammlung des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes, als ordentli-

ches Mitglied der Verbandsversammlungen des Zweckverbandes Erholungsgebiet Unterbacher See und des Zweckverbandes Verkehrsbund Rhein-Ruhr, im Aufsichtsrat der Rheinbahn AG, der Sana Kliniken Düsseldorf GmbH, der Flughafen Mönchengladbach GmbH (Enthaltung die Linke);

- durch den Beigeordneten Kruse als stellv. Mitglied im Kuratorium des NRW Forums Kultur und Wirtschaft e.V. (einstimmig);
- durch den Beigeordneten Dr. Gregor Bonin im Aufsichtsrat der Städtischen Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG (einstimmig);
- durch die Beigeordnete Helga Stulgies im Aufsichtsrat der AWISTA GmbH (einst.);
- durch den Beigeordneten Hans-Georg Lohe als stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrats der Neue Schauspielhaus mbH und stellvertretendes Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Kunstsammlung NRW“ (einstimmig)

zu ersetzen.

In die Fluglärmkommission wurden der Beigeordnete Dr. Gregor Bonin (einstimmig anstelle des verstorbenen Werner Leonhardt) und stellvertretend Herr Stadtdirektor Manfred Abrahams (Enthaltung Die Linke) berufen.

Der Rat wählte einstimmig anstelle von Ratsfrau Gisela Dapprich Herrn Ben Klar (Die Linke) als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats der Stadtparkasse.

■ **Verwaltungsvorlagen**

Der Rat nahm gegen die Linksfraktion einen **Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen des Konjunkturpakets** in Höhe von 50,5 Mio Euro zur Kenntnis. Sieben Maßnahmen wurden abgebrochen, weil die Kriterien der Förderfähigkeit nicht nachzuweisen oder die rechtzeitige Beendigung nicht gesichert waren. Da nachträglich die Beseitigung von Winterschäden an kommunalen Straßen für förderfähig erklärt worden war, wenn das konkrete Investitionsvorhaben im Ergebnis zu einer wahrnehmbaren Minderung des Straßenlärms führt, hat die Verwaltung sechs Straßenbaumaßnahmen in das Programm aufgenommen (Gerresheimer Straße, Behrenstraße, Brehmstraße, Auf`m Hennekamp, Werstener Feld, Lörickerstraße). Bisher wurden 8 Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket abgeschlossen, 141 sind genehmigt und zum Teil schon in Durchführung. Rd. 13 Mio Euro wurden bisher an Firmen ausgezahlt, wobei 60 % aller Aufträge an Düsseldorfer Firmen gingen. Von den im September 2009 beschlossenen Investitionen von Freien Trägern in

Der Rat nahm bei Enthaltung der Linksfraktion **Schenkungen aus dem Nachlass des Bildhauers Diethelm Koch** an, die in den Besitz der Stiftung museum kunst palast übergeben werden.

Der Rat nahm bei Enthaltung der Linksfraktion **Schenkungen** von Jurand Honisch an. Sie umfassen sechs **Einzelwerke des Künstlers Stephan Runge** an, der in der Klasse von Joseph Beuys an der Kunstakademie studiert hatte. Die Malereien auf Tüchern und ein Holzobjekt sollen in den Besitz der Stiftung museum kunst palast übergehen.

Der Rat genehmigte gegen Linksfraktion Dringlichkeitsentscheidungen zur

- **Aufgabe der städtischen Jugendfreizeiteinrichtung Frankfurter Straße** zugunsten des Trägers „SOS-Kinderdorf e.V.“ zum 1.6.2010. Da dieser Träger einen Eigenanteil von 20% einsetzt, ergibt sich für die Stadt ein Einsparvolumen von 44.000 Euro. Die städtischen Mitarbeiter werden innerhalb des Jugendamtes umgesetzt;
- **Aufgabe der städtischen Spielanlage Wittenberger Weg 92-94** zugunsten des freien Trägers „Sozialdienst katholische Frauen und Männer e.V.“; der schon weitere Kinder- und Jugendeinrichtungen in unmittelbarer Nachbarschaft betreut. Für die Stadt ergibt sich eine Einsparung von rd. 59.000 Euro.

Der Rat nahm bei Enthaltung der Linksfraktion den **Bericht des Instituts für Denkmalschutz und Denkmalpflege** über das Jahr 2009 zur Kenntnis (der Bericht kann in der SPD-Ratsfraktion angefordert werden, Telefon 892 1301).

Der Rat beschloss (gegen 2 CDU-Stimmen und Ratsherrn Krüger), entsprechend dem Wunsch der Schulkonferenz den Namen des Städtischen Schloß-Gymnasiums zu ändern in: **Städtisches Schloß-Gymnasium Sekundarstufe I und II, Gebundenes Ganztagsgymnasium mit naturwissenschaftlichem Fachprofilzweig**.

Der Rat beschloss einstimmig eine **Änderung der Satzung über die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden**. Änderungen der Gemeindeordnung und des Kommunalwahlgesetzes bedingten Veränderungen. Zusätzlich wurde angenommen, dass bei Briefwahl der Abstimmungsbrief portofrei an die Stadt zurückgesandt werden kann und die Information der Abstimmungsberechtigten auf der Startseite der Stadt im Internet präsentiert wird.

Der Rat beschloss gegen Die Linke die **Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans und die Änderung der Gebührentarife für den Rettungsdienst**. Im Bedarfsplan wurde die Einrichtung eines Tages-Notarztefahrzeuges seit 1.10.2009 am Standort Posener Straße 171-183, die Stationierung des fünften 24-Stunden-Notarztes an der Feuer- und Rettungswache Flughafenstraße ab 1.7.2010, der Verbleib des Notarztes an der Feuerwache Garath und die Verlagerung des zweiten Rettungswagens von Wersten (Werstener Feld) nach Hassels (Forststraße) berücksichtigt. In Absprache mit den Verbänden der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften werden die Gebühren für Krankentransporte von 96 auf 100 Euro, für Notfalleinsätze von 293,50 auf 311,50 Euro, für Notarzteinsatzfahrzeuge von 363,50 auf 383 Euro erhöht.

Der Rat änderte einstimmig die **Richtlinien zur Förderung baulicher Maßnahmen zur Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand** dahingehend zu ändern, dass die städtischen Zuschüsse künftig unabhängig von den Darlehen des Landes in Anspruch genommen werden können. Bisher wurden die Zuschüsse nur in Verbindung mit Landesdarlehen gewährt.

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der **Durchführung der Wahl zum Jugendrat am 17.11.2010** und änderte die Satzung „Düsseldorfer Jugendrat“. Hierdurch wird die Amtszeit von zwei auf drei Jahre verlängert. Nunmehr können Bewerber aus dem schulischen Bereich entweder in dem Bezirk kandidieren, in dem ihre Schule liegt oder in dem sie ihren Hauptwohnsitz haben.

Der Rat beschloss einstimmig eine **Satzung zur Bestimmung von Dichtheitsprüfungen nach Landeswassergesetz**. Grundsätzlich müssen die Grundstückseigentümer die erstmalige Dichtheitsprüfung bis spätestens bis 31.12.2015 von Sachkundigen durchführen lassen. Durch die Satzung wird festgelegt, dass in Wasserschutzgebieten die Dichtheitsprüfungen bis 31.12.2011 (Wasserschutzzone I/II), 30.6.2013 (Schutzzone III a) und 31.12.2014 (Schutzzone III b) durchgeführt werden müssen. Die Liste der entsprechenden Straßen kann im Fraktionsbüro (892 1300) und im Internet unter <http://www.duesseldorf.de/pvrat/vorlagen/23-37-2010.pdf> abgerufen werden.

■ Investitionen

Der Rat beschloss gegen die Linksfraktion den **Umbau des Allwetterbades Flingern** und beauftragte die Bädergesellschaft mit der Umsetzung der Maßnahmen. Nach der Sommersaison 2011 soll am Flinger Broich ein Landesleistungszentrum Schwimmen

und Wasserball entstehen. Das vorhandene Zeltdach wird abgerissen, das 50-Meter-Becken überdacht und mit einer Tribünenanlage, Umkleiden, Sanitär- und Nebenräumen ergänzt. Neu gebaut wird ein 25-Meter-Becken mit 6 Bahnen, Sprunganlage und Hubboden mit Gymnastikhalle im Obergeschoss. Hinter der mobilen Zuschauertribüne mit 1600 Sitzplätzen entstehen Gymnastikräume sowie ein Boxring. Das in einer Leichtbauhalle untergebrachte Boxzentrum wird in das Schwimmzentrum verlegt, der Verkaufserlös des Grundstücks fließt in die Finanzierung der auf 12,5 Mio Euro geschätzten Kosten ein. Neugebaute Krafträume sollen von den Sportlern gemeinsam genutzt werden. Das Freibad wird bis auf das Baujahr 2012 uneingeschränkt öffentlich nutzbar sein, das Sportbad wird primär durch Sportvereine und Schulen genutzt werden. Zu gegebener Zeit soll geprüft werden, ob zu bestimmten Zeiten öffentliche Nutzungen möglich sind. Abgelehnt wurde von allen anderen Ratsmitgliedern ein Antrag der Linksfraktion, Formulierungen aufzunehmen, durch die gewährleistet wird, dass das Bad in ausreichendem Maße auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird und keine Gegenfinanzierung durch einen Grundstücksverkauf erfolgt.

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung folgender Maßnahme:

- **Oberbilker Markt - Umgestaltung der Platzflächen Oberbilker Markt und Puschkin Platz sowie des östliches Gehweges der Kruppstraße** mit vorläufigen Gesamtkosten von 2, 8 Mio Euro. Im Rahmen eines ersten Bauabschnittes sollen die Platzflächen einheitlich gestaltet (Farbe grau/anthrazit) sowie markante Lichtstelen und Kunstobjekte (in die Pflasteroberfläche eingelassene beleuchtete Zettelkästen, die Zitate aus Gesprächen des Künstlers Oliver Gather mit den Platznutzern enthalten) installiert werden. Der Wochenmarkt soll vom Bereich Eisenstraße zur offenen Platzfläche verlegt werden. Ein Spielobjekt soll Bezug zur historischen Bahnstrecke herstellen. Außerdem sollen öffentliche WC-Anlagen errichtet werden. Der Kiosk kann erst nach Auslauf des Pachtvertrages in einem zweiten Bauabschnitt durch ein Café ersetzt werden. Die Gesamtmaßnahme kann nur umgesetzt werden, wenn zeitnah Zuwendungen des Landes in Höhe von 1,6 Mio Euro zugesagt werden. Baubeginn ist 2011/2012 vorgesehen (Enthaltung Linksfraktion).

Der Rat genehmigte Dringlichkeitsentscheidungen:

- Sanierung der **Feuerwache Frankfurter Str. 245** mit Gesamtkosten von 1,1 Mio Euro. Im Rahmen dieses zweiten Bauabschnittes sollen Dächer und Fassaden saniert werden. Baubeginn ist im September 2010, Fertigstellung im April 2011 geplant (Enthaltung Linksfraktion);
- **Neubau Kindertagesstätte und Jugendfreizeiteinrichtung Benninghauser Straße(Wersten)** mit Gesamtkosten von 3,37 Mio Euro. In der Kindertagesstätte werden 9 Plätze für Kinder unter 3 Jahren und 48 Plätze für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt geschaffen. Diese wird ebenso wie die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung durch den Verein „Die Arche – Christliches Kinder- und Jugendwerk e.V.“ betrieben. Baubeginn ist im September 2010, Fertigstellung im März 2012 (gegen Linksfraktion, Enthaltung 1 SPD-Stimme);
- **Neubau Basisstraße und Umbau Heerdter Dreieck** mit Gesamtkosten von 13,9 Mio Euro. Die vierstreifige Basisstraße wird zwischen Prinzenallee/Schanzenstraße und Heerdter Lohweg/Willstätterstraße errichtet. Im Heerdter Dreieck wird eine schleifenförmige Rampe hergestellt, die im neuen Knotenpunkt Schanzenstraße beginnt und auf die vorhandene Hochstraße in Richtung Nordosten (Theodor-Heuss-Brücke) führt. Die östliche Tangente des Heerdter Dreiecks, über die heute vom Rheinalleetunnel kommend auf die Brüsseler Straße in Richtung Theodor-Heuss-Brücke gefahren werden kann, wird an die neue schleifenförmige Rampe angeschlossen. So bleibt die Fahrbeziehung in Richtung Theodor-Heuss-Brücke erhalten, andererseits wird die Möglichkeit geschaffen, den neuen Knoten-

punkt Prinzenallee/Schanzenstraße/Basis-straße zu erreichen. Die Fahrbahnbreiten der Schleifenrampe variieren zwischen 3,25 und 4,75 m und werden baulich durch einen 1,50 m breiten Mittelstreifen getrennt. Die Zufahrt von der Pariser Straße zum Heerdter Dreieck wird geschlossen. Das Konzept beinhaltet den Aus- und Umbau des Knotenpunktes Pariser Straße/Nibelungen-straße, des Alberichwegs, des Greifwegs und der Schanzenstraße. Die Verkehrsanbindung an den Seestern wird künftig überwiegend über Hansaallee und Heerdter Lohweg erfolgen. Auch die Schanzenstr. wird eine Zubringerfunktion übernehmen. Zugleich wird im Zusammenhang mit dem auf dem Gelände der ehemaligen Brauerei Gatzweiler geplanten Vodafone Gewerbepark im Heerdter Dreieck ein 7-geschossiges Parkhaus errichtet. Die Bauarbeiten sollen im August beginnen und bis März 2012 beendet werden (gegen SPD, BÜ 90, Die Linke).

■ Baurecht

Der Rat beschloss gegen SPD und Linksfraktion den Beitritt zur Verfügung der Bezirksregierung zur **Flächennutzungsplanänderung Hafen**. Die Bereiche Weizenmühlen- und Kesselstraße werden weiterhin als Sondergebiet Hafen und Gewerbegebiet ausgewiesen.

Diese Änderung beruht auf einem außergerichtlichen Vergleich zwischen der Bezirksregierung und der Stadt, die dort Wohnungsbau ermöglichen wollte. Die SPD lehnte dies ab, da die Verwaltung diesen Kompromiss nur als Zwischenschritt betrachtet und weiterhin versuchen wird, mehr Wohnungen im Hafen zu realisieren, was den Wirtschaftshafen und die auf ihn angewiesenen Unternehmen nebst zahlreichen Arbeitsplätzen gefährden würde.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de